Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/10972

16. 06. 98

Beschlußempfehlung und Bericht

des Rechtsausschusses (6. Ausschuß)

zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung
– Drucksache 13/10427 –

Entwurf eines Gesetzes zu dem Übereinkommen vom 27. September 1996 über die Auslieferung zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union

A. Problem

Die Auslieferungsbedingungen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union richten sich gegenwärtig immer noch maßgeblich nach dem Europäischen Auslieferungsübereinkommen vom 13. Dezember 1957. Gewisse Erleichterungen brachte das Schengener Durchführungsübereinkommen in seinem Anwendungsbereich. Mit dem weitgehenden Wegfall der Kontrollen an den Binnengrenzen in der gesamten Europäischen Union verbunden mit der durch Artikel 8a EG-Vertrag gewährleisteten Freizügigkeit einerseits und andererseits bedingt durch die zunehmende internationale Verflechtung vor allem schwerwiegender Kriminalitätsformen besteht in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union ein Bedürfnis, die strafrechtliche Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Auslieferung über das im Rahmen des Schengener Durchführungsübereinkommens Erreichte hinaus zu verbessern.

Das am 27. September 1996 von allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union unterzeichnete Übereinkommen erleichtert den Auslieferungsverkehr zwischen den Mitgliedstaaten, indem in Ergänzung des Europäischen Auslieferungsübereinkommens, des Europäischen Übereinkommens zur Bekämpfung des Terrorismus und des Schengener Durchführungsübereinkommens die Voraussetzungen für die Auslieferung in materieller und formeller Hinsicht vereinfacht und Auslieferungshindernisse teilweise beseitigt werden.

Das Übereinkommen bedarf nach Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes als Voraussetzung für die Ratifikation der Mitwirkung der gesetzgebenden Körperschaften in Form eines Bundesgesetzes.

B. Lösung

Der Rechtsausschuß empfiehlt, den Entwurf des Ratifizierungsgesetzes anzunehmen.

Einstimmige Annahme

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Gesetzentwurf – Drucksache 13/10427 – unverändert anzunehmen.

Bonn, den 27. Mai 1998

Der Rechtsausschuß

Horst Eylmann	**Peter Altmaier**	**Dr. Jürgen Meyer (Ulm)**
Vorsitzender	Berichterstatter	Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Peter Altmaier und Dr. Jürgen Meyer (Ulm)

Der Deutsche Bundestag hat den Gesetzentwurf auf der Drucksache 13/10427 in seiner 230. Sitzung vom 23. April 1998 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Rechtsausschuß und zur Mitberatung dem Innen- und dem Finanzausschuß sowie dem Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

Der **Innenausschuß** hat die Vorlage in seiner Sitzung vom 6. Mai 1998 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS beschlossen zu empfehlen, den Gesetzentwurf anzunehmen.

Der **Finanzausschuß** hat die Vorlage in seiner Sitzung vom 27. Mai 1998 beraten und mit den Stimmen der Fraktion der CDU/CSU gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD und bei Abwesenheit der Fraktion der F.D.P. beschlossen zu empfehlen, den Gesetzentwurf anzunehmen.

Der **Ausschuß für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage in seiner Sitzung vom 6. Mai 1998 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abwesenheit der Gruppe der PDS beschlossen zu empfehlen, den Gesetzentwurf anzunehmen.

Der **Rechtsausschuß** hat die Vorlage in seiner 122. Sitzung vom 27. Mai 1998 beraten und einstimmig bei Abwesenheit der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und F.D.P. sowie der Gruppe der PDS beschlossen zu empfehlen, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen.

Der Ausschuß begrüßte einmütig die Zielsetzung des Übereinkommens vom 27. September 1996 über die Auslieferung zwischen den Mitgliedstaaten der Europäische Union.

Bonn, den 27. Mai 1998

Peter Altmaier
Berichterstatter

Dr. Jürgen Meyer (Ulm)
Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333